

Burgdorf, 01.02.2007

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung **des Jugendhilfeausschusses** der Stadt Burgdorf am **07.11.2006** im Ratssaal des Rathauses I, Marktstraße 55, 31303 Burgdorf,

16.WP/JHA/001

Beginn öffentlicher Teil: 16:30 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:10 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: Vorsitzende

Gersemann, Christiane

Mitglied des Rates

Alker, Rudolf Vertretung für Frau Maria Leykum
Ethner, Regina
Meine, Agnes
Rück, Stefanie
Wackerbeck, Ursula

Mitglied/Mitglieder

Bittkau, Gisela
Kardolsky, Thorsten
Meinig, Birgit
Rheinhardt, Michael

Grundmandatar

Lüddecke, Dieter

Bürgermeister

Baxmann, Alfred

Verwaltung

Voges, Matthias
Beneke, Ernst-August
Niemann, Jens
Pape, Petra
Witte, Bernd
Barm, Henry

Gast/Gäste

Wißmer, Heike

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Verpflichtung der berufenen Mitglieder
3. Wahl eines/einer stellv. Vorsitzenden
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Anfragen gem. Geschäftsordnung
6. Kindergartenbedarfsentwicklung
Vorlage: 0040/06/16.WP
- 6.1. Kindergarten Otze
- Anfrage der CDU-Fraktionen vom 01.11.2006 -
7. Anbau am Kindergarten in Ehlershausen
Vorlage: 0038/06/16.WP
8. Ausbau der pädagogischen Arbeit in den Kindertagesstätten
Vorlage: 0053/06/16.WP
9. Entgelt für Mittagessen
Vorlage: 0019/06/16.WP
- 9.1. Kein Essensgeld für sozial schwache Familien
-Antrag "Das Linksbündnis Burgdorf" vom 01.11.2006
Vorlage: 0060/06/16.WP
10. Vereinbarung zwischen der Region Hannover und der Stadt Burgdorf zur Kindertagespflege
Vorlage: 0039/06/16.WP
11. Förderrichtlinien zur Jugendarbeit der Stadt Burgdorf
Vorlage: 0018/06/16.WP
12. Haushaltsplanentwurf 2007
Vorlage: 0015/06/16.WP-
13. Bericht des Elternbeirates der Kindertagesstätten über ihre Arbeit
14. Hilfen zur Erziehung nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII);
Statistik der kostenintensiven Hilfen 2005
Vorlage: 0025/06/16.WP
15. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

Herr Beigel bekundet seinen Unmut darüber, dass der Jugendhilfeausschuss als besonderer Ausschuss unvollständig tagt. **Frau Gersemann** erklärt, dass die Satzung zur zweiten Sitzung des Jugendhilfeausschusses überarbeitet werden soll. Die gewählten Vertreter seien anwesend, die Vertreter der Jugend- und Wohlfahrtsverbände seien ebenfalls anwesend, jedoch besitzen diese Vertreter in der heutigen Sitzung noch kein Stimmrecht. **Herr Beigel** weist darauf hin, dass hier gesetzliche Vorgaben nicht eingehalten worden seien. Die beratenden Mitglieder müssten an der Sitzung teilnehmen, anderenfalls seien die zu treffenden Beschlüsse nicht rechtskräftig.

Herr Alker bittet Herrn Voges um Klärung des Sachverhaltes. **Herr Voges** teilt mit, dass dieser Sachverhalt bisher für ihn unbekannt gewesen sei und er somit keine Stellungnahme abgeben könne.

Herr Baxmann erklärt, dass der Rat es versäumt habe, die Mitglieder zu bestimmen. Die Vertreter der Jugend- und Wohlfahrtsverbände seien aus diesem Grund zu der Sitzung des Jugendhilfeausschusses ohne Stimmrecht eingeladen worden.

Frau Gersemann hält fest, dass aus diesem Grund der Tagesordnungspunkt 11 in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses behandelt werden soll.

Herr Beigel macht noch einmal deutlich, dass der Ausschuss aufgrund gesetzlicher Vorgaben tagt und dieses Verfahren eine Desavouierung seiner Mitglieder sei.

In der konstituierenden Ratssitzung, so **Herr Baxmann**, sei bei 45 Tagesordnungspunkten der Verwaltung ein Fehler unterlaufen. Auf die Sitzung des Jugendhilfeausschusses hätte auch verzichtet werden können, es seien jedoch Projekte auf den Weg zu bringen, die einen weiteren zeitlichen Aufschub nicht duldeten. Es bestehe die Möglichkeit, Herrn Beigel ein Rederecht und die Sitzungsteilnahme einzuräumen.

Frau Gersemann bittet Herrn Beigel aktiv an der Sitzung teilzunehmen. **Herr Beigel** lehnt ab.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Gersemann stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Frau Gersemann schlägt zwei Änderungen der Tagesordnung vor. Der Tagesordnungspunkt 6 a soll mit Tagesordnungspunkt 6 sowie der Tagesordnungspunkt 9 a mit Tagesordnungspunkt 9 zusammenfassend behandelt werden. Einwendungen bestehen nicht. Die veränderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

2. Verpflichtung der berufenen Mitglieder

Frau Gersemann erklärt, dieser Tagesordnungspunkt werde in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses behandelt.

3. Wahl eines/einer stellv. Vorsitzenden

Frau Gersemann bittet um Vorschläge für die Wahl eines/einer stellvertretenden Vorsitzenden.

Frau Wackerbeck schlägt Frau Ethner vor. Es gibt keine weiteren Vorschläge.

Frau Gersemann bittet zur Abstimmung. Frau Ethner wird einstimmig zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Frau Ethner nimmt die Wahl an.

Frau Gersemann gratuliert im Namen des Ausschusses und verbindet dies mit dem Wunsch auf eine gute Zusammenarbeit.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Beneke teilt zum Spielplatzkonsolidierungskonzept 2004 mit, dass der beschlossene Rückbau des Spielplatzes Nr. 25 – Stauffenbergstraße im Herbst 2006 erfolgen soll.

Herr Beneke informiert über den aktuellen Sachstand zur Krippe Lebenshilfe. Durch Vertreter der Region, des Landesjugendamtes, der Lebenshilfe sowie der Stadt Burgdorf sei der Wille zur Problemlösung bekundet worden. Es fehle die Aussage des Landesjugendamtes zur Personalbesetzung und der Kostenplan der Lebenshilfe. Eine aktuelle Sachstandsmitteilung des Landesjugendamtes liege nicht vor.

Des Weiteren informiert **Herr Beneke** über die Ziele und die zur Verfügung stehenden Mittel des Landesprogramms „Familien mit Zukunft – Kinder bilden und betreuen“. Hiernach sei bei Beteiligung und Beantragung von finanziellen Mitteln durch die Stadt Burgdorf ein Anteil in Höhe von 50.000 € zu erwarten.

Zum Modellversuch Teilung Kita-Plätze führt **Herr Beneke** aus, dass es für Kindergärten nur Einzelfälle seien; in der Krippe seien maximal drei Plätze und im Hort maximal vier Plätze betroffen. Für den Hort sei es nicht von Bedeutung, da es in den Ferien ein zusätzliches Angebot für Schulkinder gebe.

Der Verein Kinderspielhaus habe mitgeteilt, so **Herr Beneke**, dass Finanzprobleme bestehen. Als Lösungsvorschlag unterbreitet Herr Beneke, dass der Abschlag für 2006 erhöht und ein Beschluss über einen einmaligen Zuschuss und die Erhöhung der Beträge in der Februarsitzung des Jugendhilfeausschusses nach abschließender Prüfung durch die Verwaltung erfolgen soll.

Hinsichtlich der Nutzung der Sondercoupons für Früh- und Spätdienste berichtet **Herr Beneke**, dass in einem Jahr insgesamt 82 Coupons verkauft worden seien.

Auf Nachfrage von Frau Gersemann teilt **Herr Beneke** mit, dass eine differenzierte Betrachtung nicht vorliege, jedoch die Coupons im Wesentlichen für die Betreuung der Kinder genutzt worden seien.

Auf Nachfrage von Herrn Lüddecke teilt **Herr Baxmann** mit, dass die Stadt Burgdorf bereit sei, ihren Beitrag zu den Kosten für die geplante integrative Krippengruppe in der Lebenshilfe zu übernehmen.

Frau Rück bittet darum, in Richtung Ganztagsplätze beim Platzsharing nachzudenken.

Herr Niemann informiert darüber, dass die Einrichtung des Kinderhauses Regenbogen nach Prüfung durch das Landesjugendamt erlaubnispflichtig sei. Auf Nachfrage von Frau Gersemann teilt **Herr Niemann** mit, dass ein Kind schon vor der Eröffnung betreut worden sei.

5. **Anfragen gem. Geschäftsordnung**

K e i n e

6. **Kindergartenbedarfsentwicklung** **Vorlage: 0040/06/16.WP**

Herr Beneke informiert den Jugendhilfeausschuss über die Kindergartenbedarfsentwicklung. Hierzu skizziert **Herr Beneke** die im Einzelnen bestehenden bzw. noch entstehenden Baugebiete in den Stadtteilen der Stadt Burgdorf und stellt dar, wie sich der Bedarf im Kindertagesstättenbereich durch die Entstehung weiteren Wohnraumes sowie unter Berücksichtigung des demographischen Wandels verändern könnte. Weiterhin werden durch **Herrn Beneke** entsprechende Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt, den jeweiligen Bedarf abzudecken.

Frau Wißmer stellt heraus, dass aus ihrer Sicht aktuell ein Bedarf im Kindertagesstättenbereich besteht. Ein zukünftiger Neubau sei aber kein geeignetes Mittel, wenn gleichzeitig andere Einrichtungen geschlossen würden. Es würden weiterhin Krippenplätze und Ganztagsangebote benötigt. Die Betrachtung von Hortplätzen fehle in der Vorlage gänzlich.

Herr Baxmann erläutert, dass, wenn in einzelnen Stadtteilen der Bedarf an Betreuungsplätzen zurückgehe, geprüft werden müsse, welche Möglichkeiten zur Deckung des Betreuungsbedarfes bestünden und welches Volumen zusätzlich benötigt werde. Es bestehe die Notwendigkeit, aktuell auf unsichere Prognosen reagieren zu müssen. Aus diesem Grund solle eine multifunktionale Nutzung der Einrichtungen gewährleistet werden, die bei Wegfall des

Betreuungsbedarfes eine anderweitige Nutzung ermögliche.

Auf Nachfrage von Frau Rück teilt **Herr Beneke** mit, dass sich die in Frage kommende Fläche im Bereich Weserstraße im Eigentum der Stadt befinde und im Bebauungsplan berücksichtigt worden sei. Weiterhin erläutert **Herr Beneke**, dass für Hortplätze derzeit keine Bedarfserweiterung nötig sei, da erfahrungsgemäß nach den Herbstferien noch Abmeldungen erfolgten.

Frau Gersemann bittet Frau Pape, im Rahmen des „Bündnisses für Familie“ die Wirtschaft einzubinden.

Herr Lüddecke möchte wissen, wie die Verwaltung den zukünftigen Bedarf einschätzt, insbesondere im Bereich der Krippenplätze. **Herr Beneke** informiert, dass der Bedarfsplan im Februar fortgeschrieben werden soll. Qualifizierte Tagesmütter seien zahlreich vorhanden. Wenn ein Neubau erfolge, solle dieser auch entsprechend dimensioniert werden. Die dauerhafte Nutzung des Gemeindehauses in der Weststadt sei auf Grund der mangelhaften Bausubstanz nicht empfehlenswert.

Frau Ethner gibt zu bedenken, dass die Plätze wohnortnah zu vergeben seien. Es entstünden für die Betroffenen weitere Kosten durch die Entfernungen. **Herr Baxmann** führt aus, dass es sich hier um eine schwierige Situation handele, da nicht in jedem Fall ein wohnungsnahes Angebot gemacht werden könne.

Frau Wißmer kennt keine präzise Definition zur Wohnortnähe und fragt nach, ob nicht eine solche Definition für Burgdorf möglich sei. **Herr Baxmann** weist darauf hin, dass man nicht das Angebot einer Kernstadt mit dem im ländlichen Raum gleichsetzen könne und von daher eine verbindliche Definition wenig hilfreich sei.

Kindergarten Otze - Anfrage der CDU-Fraktion vom 01.11.2006

Frau Gersemann bittet Herrn Obst an den Beratungstisch. **Herr Obst** legt die Gründe für die Anfrage der CDU-Fraktion dar und stellt die einzelnen Fragen. Durch die Verwaltung, **Herrn Beneke**, werden die Fragen beantwortet (siehe Anlage).

Frau Wißmer spricht die Diskussion über den Kindergarten in Otze an. Die Fronten seien verhärtet und es wäre empfehlenswert, wenn eine neue Halbtagskraft eingestellt werde, um die Wogen zu glätten. **Herr Baxmann** weist auf das begrenzte Personalbudget hin, welches diese Möglichkeit im Moment ausschließe.

Herr Aiker erklärt, dass die Fragen und Antworten erheblichen Diskussionsstoff aufwerfen, vor allem bei Gruppen mit mehr als 25 Kindern. In Ehlershausen sei der Eindruck entstanden, dass die Probleme ausgesessen würden. Es müsse dafür gesorgt werden, so

Herr Aiker, dass eine entsprechende Infrastruktur in der Stadt vorhanden sei wie in den Bereichen Sport und Schulen - und dies zu niedrigen Gebühren. Hierauf erwidert **Herr Baxmann**, dass dies möglich sei, wenn die entsprechenden Mittel bereitgestellt würden. **Herr Aiker** möge auch im Finanzausschuss in diesem Sinne argumentieren.

Herr Obst verlässt den Beratungstisch.

**6.1. Kindergarten Otze
- Anfrage der CDU-Fraktionen vom 01.11.2006 -**

**7. Anbau am Kindergarten in Ehlershausen
Vorlage: 0038/06/16.WP**

Der Anbau an den Kindergarten Ramlingen-Ehlershausen sei ein wichtiges Signal für die Zukunft und in Ramlingen-Ehlershausen auch entsprechend diskutiert worden, so **Frau Gersemann**.

Herr Beneke führt aus, dass die Verwaltungsnebenstelle ab dem 02.01.2007 als Zwischenlösung benutzt werden könne. Das Landesjugendamt habe eine Genehmigung für die vorgesehene Nutzung in Aussicht gestellt. Es entstehe somit in der Verwaltungsnebenstelle ein zusätzliches Betreuungsangebot, welches die Situation entspanne. Die Kosten für kleinere Umbaumaßnahmen würden aktuell durch die Verwaltung ermittelt.

Auf Nachfrage von Frau Gersemann teilt **Herr Beneke** mit, dass 25 Kinder in der Gruppe betreut werden könnten. **Frau Meinig** führt aus, dass sie der Verwaltung für die vorgeschlagene Lösung dankbar sei, da ansonsten eine Containerlösung hätte diskutiert werden müssen. **Frau Wißmer** betont, dass bei der Aufteilung der vierten Gruppe per Aushang die Auswahlkriterien benannt werden sollten. Die Kinder seien mit Vorsicht aus dem bestehenden sozialen Gefüge der Gruppen zu verteilen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, den nachstehend formulierten Beschluss zu fassen.

Der Verwaltungsausschuss beschließt, am Kindergarten Ehlershausen einen Anbau für die Betreuung von weiteren 25 Kinder zu schaffen. Der Rat der Stadt Burgdorf wird gebeten, die Mittel im Haushaltsplan für das Jahr 2007 bereit zu stellen.

Des Weiteren soll ab dem 01.01.2007 eine neue Gruppe in der Verwaltungsnebenstelle Ramlingen-Ehlershausen eingerichtet werden. Der Rat der Stadt Burgdorf wird gebeten, die

entsprechenden Mittel bereit zu stellen.

- Einstimmiger Beschluss -

8. Ausbau der pädagogischen Arbeit in den Kindertagesstätten
Vorlage: 0053/06/16.WP

Frau Gersemann fasst kurz die bisherige Diskussion zur Vorlage zusammen. **Herr Beneke** stellt die Ergebnisse aus der Teambesprechung mit den Leiterinnen der Kindertagesstätten dar. Als Ergebnis sei festzustellen, dass die Verwendung der vorhandenen Mittel für zusätzliches Personal als weniger sinnvoll angesehen werde. Es sollen vielmehr Projekte in den Kindertagesstätten zur Verbesserung der pädagogischen Arbeit angeboten werden. Schwerpunkt sei die Sprachentwicklung. Daneben bestehen weitere Defizite, z. B. in der Motorik vieler Kinder. Die bisher recherchierten Kosten belaufen sich auf 4.000 € - 4.500 € je Projekt.

Frau Rück bedankt sich für die Vorlage, welche ein Einstieg in die Verbesserung der pädagogischen Arbeit sei.

Frau Ethner bemängelt ein fehlendes „Kostenkonzept“. Ohne entsprechende Vorlage eines Kostenkonzeptes könne kein Beschluss durch den Jugendhilfeausschuss gefasst werden. Hierauf erwidert **Frau Gersemann**, dass den handelnden Personen vor Ort bewusst sei, dass mit den finanziellen Mitteln verantwortungsbewusst im Rahmen des Konzeptes umzugehen sei. **Frau Rück** ergänzt hierzu, dass mit den Leiterinnen der Kindertagesstätten über die Verwendung der Mittel ausgiebig diskutiert worden sei und hier davon ausgegangen werden könne, dass die Mittel im Sinne der Vorlage in den Kindertagesstätten eingesetzt würden.

Herr Baxmann erläutert auf Nachfrage von Herrn Lüddecke die Ermittlung und Entstehung des Etats von 60.000 €.

Frau Ethner erklärt, dass die Erzieherinnen mit der Ermittlung der Kosten für die Projekte überfordert seien. Hierzu führt **Frau Gersemann** aus, dass die Verwaltung die Kosten für einzelne Projekte ermittle und die Ergebnisse den Leiterinnen zur Verfügung stelle. Die Kindertagesstätten hätten die Aufgabe, aus den durch die Verwaltung recherchierten Projekten einschließlich der Kostenermittlung die geeigneten Projekte für die jeweilige Kindertagesstätte herauszusuchen.

Herr Beneke erläutert, dass, sofern 60.000 € bereitgestellt würden, in der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung Projekte und deren Kosten durch die Verwaltung vorgestellt werden könnten.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Burgdorf, im Haushalt für das Jahr 2007 60.000 € für die Durchführung von Einzelprojekten in den städtischen Kindertagesstätten bereit zu stellen.

- 4 Stimmen dafür, 1 Stimmenthaltung, 1 Gegenstimme -

9. **Entgelt für Mittagessen**
Vorlage: 0019/06/16.WP

Frau Gersemann bittet Herrn Fleischmann an den Beratungstisch.

Weiterhin nimmt **Frau Gersemann** auf die Sitzungsvorlage Bezug. Diese sei sehr kurz ausgefallen, doch sei der von Herrn Fleischmann eingebrachte Antrag diskussionswürdig. Die Verwaltung möge bitte erläutern, wie sich der Warenkorb im Einzelnen zusammensetze. **Herr Beneke** legt die Zusammensetzung des Warenkorbs dar.

Herr Fleischmann stellt die Hintergründe des Antrages vor. Das Linksbündnis lehnt den Beschlussvorschlag besonders für bedürftige Familien ab.

Hierzu erläutert **Herr Beneke**, dass insgesamt 154 Kinder einschließlich der Hortkinder in den Einrichtungen an der Mittagsverpflegung teilnehmen. Hiervon seien 31 Kinder (rd. 20%) von ALG II Empfängern. Nach Einzelfallentscheidungen würden Gebühren schon heute übernommen. Derzeit würden die Gebühren für zehn Kinder übernommen. Wenn das Essengeld abgeschafft werde, werde ein Präzedenzfall geschaffen, der nachhaltige Auswirkungen auch in andere Bereiche habe.

Frau Meine gibt zu bedenken, dass die Teilnahme am Mittagessen für betroffene Kinder auch für deren soziale Kontakte wichtig sei. Die entstehenden Kosten müssten überschlagen werden.

Herr Fleischmann führt aus, dass es für Kinder von betroffenen Familien nicht förderlich für die Zukunft sei, wenn diese aufgrund der nicht zu tragenden Kosten vom Mittagessen ausgeschlossen seien.

Von 850 Kindern in den Einrichtungen sei hier nur ein kleiner Teil betroffen, so **Herr Beneke**. Sofern es Rückmeldungen aus den Kindertagesstätten gebe, wo im Einzelnen entsprechende Probleme bestünden, könnten diese zusammen mit dem Sozialen Dienst und mit der Verwaltung gelöst werden.

Herr Lüddecke schlägt im Zusammenhang mit einer seines Wissens nach nur 75%igen Auslastung der Kindertagesstätten ein freies Kindergartenjahr vor.

Herr Baxmann erklärt, es sei zu beachten, dass die Finanzen der Kommune nicht für Aufgaben strapaziert werden, die von Bund und Ländern getragen werden müssen.

Her Alker fragt unter Bezug auf die von **Herrn Lüddecke** getätigte Aussage der nur 75%igen Auslastung der Kindertagesstätten nach, wie dies sein könne, da aufgrund einer Anfrage im Mai 2006 von einem anderen Auslastungsgrad (rd. 100%) gesprochen worden sei. Hierauf erwidert **Herr Beneke**, dass im Mai 2006 die Recherche der Verwaltung

die volle Auslastung der Kindertagesstätten ergeben habe.

Frau Gersemann schlägt vor, dass, da zur Zeit entsprechendes Zahlenmaterial fehle, die Verwaltung zur Beratung des Beschlussvorschlages das notwendige Zahlenmaterial zusammenstellen möge.

Herr Fleischmann verlässt den Beratungstisch.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, die vorgeschlagene Erhöhung des Essenentgeltes abzulehnen.

- Einstimmiger Beschluss -

- 9.1. Kein Essensgeld für sozial schwache Familien
-Antrag "Das Linksbündnis Burgdorf" vom 01.11.2006
Vorlage: 0060/06/16.WP**
-

- 10. Vereinbarung zwischen der Region Hannover und der Stadt Burgdorf zur Kindertagespflege
Vorlage: 0039/06/16.WP**
-

Herr Niemann teilt mit, dass die Stadt Burgdorf eine Vereinbarung mit der Region treffen möchte. Ziel sei eine einheitliche Regelung zur Kindertagespflege innerhalb der Region einschließlich der Stadt Hannover. Der anliegende Vertragsentwurf sei überholt. Aus diesem Grund schlägt **Herr Niemann** zur weiteren Vorgehensweise vor, eine geänderte Beschlussvorlage mit der endgültigen Vereinbarung in den Verwaltungsausschuss zur Beschlussfassung zu bringen. Die Vereinbarung soll unbedingt zum 01.01.2007 in Kraft treten.

Frau Gersemann stellt den Vorschlag von Herrn Niemann zur Abstimmung.

- Einstimmiger Beschluss -

- 11. Förderrichtlinien zur Jugendarbeit der Stadt Burgdorf
Vorlage: 0018/06/16.WP**
-

Herr Witte teilt mit, dass es sich in der Beschlussvorlage um geringfügige Anhebungen handele und es genüge, einen Beschluss in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Februar 2007 zu fassen. Es besteht Einigkeit im Jugendhilfeausschuss, dass die Sitzungsvorlage vertagt wird.

12. **Haushaltsplanentwurf 2007**
Vorlage: 0015/06/16.WP-

Verwaltungshaushalt

Herr Witte erklärt, dass es im Bereich Jugendpflege nur marginale Erhöhungen in einzelnen Haushaltsstellen gebe. Zwei Veranstaltungen seien in den Haushaltsplan zusätzlich aufgenommen worden. Es handele sich hierbei zum einen um die Jubiläumsfeier des Südstadtbistros, für die 1.500 € eingeplant seien. Als weitere Veranstaltung sei der Literaturzirkel ebenfalls in den Haushaltsplan aufgenommen worden.

Unterabschnitt 45560: Vollzeitpflege (§ 33 KJHG)
HhSt. 760000.0: Hilfe der Unterbringung in Vollzeitpflege

Herr Beneke informiert über das Ziel, die Kinder möglichst nicht in Heimen unterzubringen, sondern in Pflegefamilien. Der Ansatz von 360.000 € werde nicht ausreichend sein. Über den Deckungskreis sollten Mehrausgaben dieser Haushaltstelle abgedeckt werden.

Unterabschnitt 45570: Heimerziehung, sonstige Betreuung
HhSt. 761000.3: Hilfe durch Unterbringung in Heimen u.a. Wohnformen

Der Ansatz wurde auf 200.000 € reduziert.

Unterabschnitt 46400: Tageseinrichtung für Kindern
HhSt. 602000.1: Fachberatung

Um Qualitätsstandards festzuschreiben, sei der Ansatz für die Fachberatung unter Anleitung externer Kräfte aufgestockt worden, **so Herr Beneke**.

Vermögenshaushalt

Unterabschnitt 46000: Einrichtungen der Jugendarbeit. Haus der Jugend mit Nebenstellen
HhSt. 935000.3: Inventar und Geräte HdJ

Herr Witte berichtet, dass für 8.500 € neues Mobiliar erforderlich sei, da durch die intensive Nutzung der Einrichtungen Verschleißerscheinungen eingetreten seien.

Unterabschnitt 46400: Tageseinrichtung für Kinder

Herr Beneke berichtet, dass mit den aufgeführten Mitteln der einzelnen Haushaltsstellen verschiedene Maßnahmen durchgeführt werden sollen. Außerdem sei der Erweiterungsbau der Kindertagesstätte Ramlingen-Ehlershausen berücksichtigt.

Unterabschnitt 46400: Tageseinrichtung für Kinder
HhSt. 988000.9: Zuschüsse an freie KiTa

Hier erläutert **Herr Beneke**, dass die freien Träger Zuschüsse für verschiedene Maßnahmen beantragt hätten. Zu beachten sei, dass der Zuschuss um 2.500 € erhöht werden müsse, da ein weiterer Antrag der „Villa Mercedes“ für Pflasterungsarbeiten neu berücksichtigt worden sei.

Herr Beneke bittet darum, die im Vermögenshaushalt vorgesehenen Mittel nicht zu kürzen bzw. zu streichen.

Der Haushaltsplanentwurf ist im Jugendhilfeausschuss abschließend behandelt worden.

13. Bericht des Elternbeirates der Kindertagesstätten über ihre Arbeit

Frau Wißmer vom Elternbeirat berichtet darüber, dass das Rauchen seitens des Personals in den Kindertagesstätten für Kinder und deren Eltern ein Problem darstelle, dem von Seiten der Verwaltung Rechnung getragen werden müsse. Es sei ein Rauchverbot, wie es an den Schulen im Land Niedersachsen vorhanden sei, auch in den Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf sinnvoll. Weiterhin teilt **Frau Wißmer** mit, dass die Benachrichtigungszeiten für die Unterbringung der Kinder in den Kindertagesstätten zu kurz seien. Eine Benachrichtigung drei Monate vor Beginn der Unterbringung sei sinnvoll. Damit bleibe den Eltern ausreichend Zeit den beruflichen Wiedereinstieg zu planen. Zum Schluss bemängelt **Frau Wißmer** die Kommunizierung der Unterbringungsmöglichkeiten in der Stadt Burgdorf. Hierzu teilt **Herr Beneke** mit, dass es ein Faltblatt für Neubürger mit den bestehenden Möglichkeit gebe und dies auch auf der Homepage der Stadt Burgdorf zu finden sei. Die Benachrichtigungsfrist sei unter Berücksichtigung der angeführten Probleme schon auf acht Wochen ausgedehnt worden, es bestehe darüber hinaus für die Eltern auch die Möglichkeit, kurzfristige Lösungen mit der Verwaltung zu finden.

Auf Nachfrage von Frau Rück teilt **Herr Beneke** mit, dass es kein Gesetz zum Rauchverbot in Kindertagesstätten gibt. Die Erzieherinnen seien eindringlich um Einhaltung des Rauchverbotes gebeten worden. Die rechtlichen Probleme der Einführung eines generellen Rauchverbotes würden geprüft.

**14. Hilfen zur Erziehung nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII);
Statistik der kostenintensiven Hilfen 2005
Vorlage: 0025/06/16.WP**

Herr Niemann teilt mit, dass die Statistik wichtige Aussagen enthalte.

15. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Frau Rück nimmt Bezug auf die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses und fragt zum Sachstand Skateranlage nach. **Herr Witte** teilt hierzu mit, dass die entsprechenden Informationen weitergeleitet worden seien und die Reparatur von Geräten sowie die Aufstellung eines größeren Schildes parallel erfolgten. **Frau Gersemann** bittet darum, die Idee mit den Handzetteln, auf denen die Falschparker auf ihr Fehlverhalten hingewiesen werden, weiter zu verfolgen.

Einwohnerfragestunde

Frau Burchard weist darauf hin, dass sie das Sitzungsprotokoll der Jugendhilfeausschusssitzung vom 25.09.2006 noch nicht erhalten habe. **Frau Gersemann** erklärt, dass das Protokoll zur Zeit bei ihr zur Prüfung liege.

Herr Schröder möchte wissen, warum das Essensgeld in der Stadt Burgdorf regionsweit am höchsten sei und warum Kinder nicht für 14 Tage von den Kosten entbunden werden können. Die Kosten seien Ende der neunziger Jahre durch den Rat festgelegt worden, so **Herr Beneke**. Wegen festgestellten Missbrauchs sei die Satzung dahingehend verändert worden, dass nach vier Wochen eine Befreiung erfolge und die Hälfte der Kosten erstattet werde.

Frau Gersemann bittet darum, dass die Verwaltung Vergleichszahlen aus der Region zusammenstellt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer